

# Protokoll zur Monatsversammlung

Donnerstag, dem 30. April 2015, 20.00 Uhr  
Gasthof Flößerei

## BVW-Vorstand:

Thomas **Eichberger**, Helmut **Forster**, Christian **Steeb**, Max **Prestl**,  
Walter **Niebler**, Edith **Reinhardt**, Veronika **Daffner**

## **Bürgermeister Klaus Heilinglehner**

## Stadträte:

Beppo **Praller**, Dr. Ulrike **Krischke**, Markus **Höft**, Helmut **Forster**,  
Benedikt **Brustmann** und Walter **Daffner**

## Presse:

Peter **Herrmann**, Isar Loisachbote

## Protokoll:

Veronika **Daffner**

## Tagesordnungspunkte:

- I. 20-Jahre Feier BVWor am 6.6.2015
- II. STR Dr. Ulrike Krischke über ‚Fairtrade-Stadt‘
- III. Bericht aus dem Bauausschuss
- IV. Badehaus
- V. Sammelunterkunft Asylbewerber im Gewerbegebiet
- VI. S-Bahn-Verlängerung

## Eröffnung und Begrüßung durch Vorstand Thomas Eichberger:

Herr Thomas Eichberger begrüßt die Mitglieder, die Vertreter der örtlichen Presse und die Stadträte zur Monatsversammlung.

## I. 20-Jahr-Feier – Thomas Eichberger:

Zurzeit haben wir 120 Anmeldungen – aber von den Mitgliedern fehlt die Hälfte.

Ablauf: Diverse Reden – musikalische Unterhaltung (Musik Hörschelmann)  
- Zauberer (Herr Lobenstein) – Sketch (Loisachtaler Bauernbühne) –  
Tanzvorführung (Tanzschule Müller)

Wenn der ‚FC Bayern‘ in das Endspiel der Champions-League kommt, wird die Möglichkeit eingerichtet, via Leinwand das Spiel anzusehen. Frau Edith Reinhardt wird sich um die Tischdekoration kümmern und auch die Versorgung mit div. Kuchenspenden der Mitglieder organisieren.

## II. StRin Dr. Ulrike Krischke stellt ihren Antrag zur Bewerbung der Stadt Wolfratshausen als „Fairtrade-Stadt“ vor:

Wir in Deutschland und auch wir in Wolfratshausen können einen Weg einschlagen, wo wir versuchen unser Konsumverhalten so zu leben, dass auch die Hersteller in ihren Ländern vom Einkommen ihre Familien ernähren und den Kindern eine gute Ausbildung ermöglichen können.

Fairtrade-Stadt zu werden bedeutet:

ein konkretes Zeichen für eine gerechte Welt zu setzen – gute Arbeitsbedingungen – gegen illegale Kinderarbeit – für stabile Mindestpreise – frei von gentechnisch veränderten Zutaten.

Fairtrade-Städte im Umkreis von Wolfratshausen: München – Gauting – Bad Aibling – Bad Tölz (beantragt) und Penzberg.

Um Fairtrade-Stadt zu werden, müssen 5 Punkte erfüllt werden:

1. Beschluss: bei allen Sitzungen und im Bürgermeisterbüro müssen Produkte (Kaffee, Zucker, Kakao, O-Saft) aus fairem Handel verwendet werden. \*Dieser Antrag soll zu dem Ratsbeschluss führen
2. Es wird eine lokale Steuerungsgruppe gebildet, die Aktivitäten vor Ort koordiniert mit 3 Mitgliedern (z.B. Städt. Verwaltung + Vertreter aus Kirche, Schulen oder Vereinen)  
\*Zum Eine-Welt-Laden besteht bereits Kontakt
3. In den städt. Einzelhandelsgeschäften werden mind. 2 Produkte angeboten und in Cafés und Restaurants mind. 2 Produkte verkauft  
\*Bei 18.000 Einwohner müssen mind. 4 Einzelhandelsgeschäfte dabei sein. Es werden schon fair gehandelte Produkte bei ‚Rewe‘, ‚Eine-Welt-Laden‘ und ‚Genussvoll‘ angeboten.
4. In öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Vereinen und Kirchen werden ‚Fairtrade-Produkte‘ verwendet und Bildungsaktivitäten zum Thema ‚Fairer Handel‘ durchgeführt.
5. \*Die Steuerungsgruppe übernimmt die Koordination der Akquise der Partner im Bereich Schule, Kirche und Verein  
Die örtlichen Medien berichten über alle Aktivitäten auf dem Weg zur ‚Fairtrade-Stadt‘.  
\* Mindestens 4 Artikel pro Jahr (Isar-Loisach-Bote – Isarkurier – Süddeutsche Zeitung) und online z.B. ‚Wolfratshauser-Blog‘

## III. StR Praller berichtet aus dem Bauausschuss:

Wir hatten 20 öffentliche Tagesordnungspunkte. Ich stelle 4 interessante Anträge vor.

Erweiterung des Kindergartens an der Badstraße: Dieser Kindergarten wurde unter Bürgermeister Berchtold für 3 Gruppen gebaut mit der Option, eine 4. Gruppe anzufügen.

Geplant ist ein Anbau von ca. 12,70 Meter. Die Baukosten für diesen Teil belaufen sich auf 782.000€. Dem Antrag wurde im Bauausschuss mit 8/2 zugestimmt. Im Stadtrat wurde der Antrag mit 22/2 Stimmen genehmigt.

2 Bauanträge im Außenbereich von Herrn Danhuber:

\*Beantragt wurde die Genehmigung zum Bau eines Carports mit 2 Stellplätzen.

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt 4/6

\*Antrag auf Nutzungsänderung eines ehemaligen landwirtschaftlichen Gebäudes in 4 Gewerbeeinheiten

Das Grundstück liegt im Außenbereich, der Ernst-Wiechert-Weg ist mehrheitlich auf Privatgrund und der Käthi-Kobus-Steig ist nicht für eine Baustelle dieser Größenordnung geeignet.

Dieser Antrag wurde mit 10/0 abgelehnt.

\*Buslinie

Im Bauausschuss wurde beschlossen mit 2 Varianten des Stadtbusses in die Ausschreibung zu gehen. 10/0

Im Stadtrat wurde mitgeteilt, dass nur eine Variante zulässig ist.

Der Bürgermeister stellte die Variante 1 – Buslinie 301/302 mit Verstärker am Morgen und Fahrzeitverlängerung am Abend – vor.

Die Arbeitsgruppe Stadtbuss stellte ihre Variante 2 mit Rundkurs und Öffnung der Kanalbrücke vor.

Dieser Variante 2 wurde im Stadtrat mit großer Mehrheit zugestimmt.

Gegenstimmen: Bürgermeister Heilinglechner – Stadträte Forster, Gschwendtner, Praller und Daffner

Claudia Thomalla: Die Kosten für den Anbau an den KiGa Badstraße sind sehr hoch. Hat man nicht nach anderen Möglichkeiten für einen KiGa-Platz gesucht?

Die Verwaltung hat in der Zwischenzeit schon viele Möglichkeiten geprüft.

Aber da in der Badstraße bereits ein Betreiber vorhanden ist und im Haushalt 1 Million eingestellt ist, wurde dieser Standort gewählt; zumal dieser am Schnellsten zu verwirklichen ist.

#### IV. Sammelunterkunft im Gewerbegebiet:

Im Bauausschuss wurde der Antrag 10/0 abgelehnt (baurechtlich und immissionsrechtlich) Der Stadtrat will die Asylbewerber dezentral im Stadtgebiet unterbringen.

Das LRA hat eine Zusage in Aussicht gestellt und deshalb kommt dieser Antrag am 12.5. in die Stadtratssitzung.

Bürgermeister Heilinglechner:

Die Regierung von Obb., die für die Verteilung der Asylbewerber zuständig ist, stellt grundsätzlich fest, dass Asylbewerber-Unterkünfte in Gewerbegebieten zulässig sind, aber die Planungshoheit grundsätzlich bei den Kommunen liegt.

Zurzeit leben in WOR 106 Asylbewerber. Im Landkreis leben 550 Asylbewerber und bis zum Jahresende werden es voraussichtlich 1.100 sein.

Thomas Eichberger: Er appelliert an die Mitglieder Missstände direkt bei der BVWor anzuzeigen, denn diese Mitteilungen geben wir direkt an unseren Bürgermeister weiter.

Es bekam von einem Bürger die Mitteilung, dass der Wolfratshauer Bahnhof sehr vermüllt ist.

Bürgermeister Heilinglechner: Für die Sauberkeit des Bahnhofes ist die DB zuständig.

STR Markus Höft: Beim Ramadama wurden Mitglieder vom Team am Bahnhofsgelände darauf hingewiesen, dass das Gelände nicht betreten werden darf.

Fritz Koch: Unser Bauhof ist zuverlässig im Ausleeren der Abfallbehälter und überhaupt in der Sauberhaltung des Stadtgebietes

Barbara Unterberger: weist auf die Giftköder-Attacke in Farchet hin und fragt an, ob von der Stadt aus dagegen etwas getan werden kann.

Bürgermeister Heilinglechner: Wegen der Gift-Köder ist die Polizei zuständig. Störend sei, das Verhalten der Hundehalter, die – obwohl in WOR sehr viele Kot-Tüten-Behälter aufgestellt sind – entweder die Tüten nicht verwenden oder aber die vollen Tüten nicht im angebotenen Abfallkorb entsorgen.

Barbara Unterberger: Vielleicht sollte man die Hundehalter anschreiben und auf diese Versäumnisse ansprechen.

Bürgermeister Heilinglechner wird über Möglichkeiten mit dem Bauhof sprechen.

#### IV. Badehaus:

STR Forster erklärt den Stadtratsbeschluss vom 21.4.2015

Am 15.10.2013 hat der Stadtrat einstimmig beschlossen, dem Badehausverein unter bestimmten Voraussetzungen (dies sind 10 Punkte, die erfüllt werden müssen) einen Investitionskostenzuschuss von € 500.000,-- zu gewähren, um auf dem Grundstück in Waldram eine Dokumentations- und Begegnungsstätte zu errichten und das dort stehende Gebäude baulich auf einen Stand zu bringen, um diese auch betreiben zu können.

In der Stadtratssitzung am 21.4.2015 beschloss der Stadtrat wieder einstimmig, dass die Stadt einer Änderung der Nachbesserungsklausel in dem Überlassungsvertrag zwischen dem erzbischöflichen Spätberufenenseminar St.Matthias und dem Verein „Bürger fürs Badehaus Waldram-Föhrenwald e.V.“ zustimmt.

Die Stadt Wolfratshausen ist nicht Partei in diesem Vertrag und kann damit auch einem Vertrag zwischen zwei Vertragspartnern weder zustimmen, noch ablehnen.

Die Stadt WOR hat gebeten, die Nachbesserungsklausel in dem geplanten Vertrag so zu ändern, dass die Stadt Wolfratshausen im Falle einer Übernahme des gesamten Objektes keine Nachbesserungszahlungen an den Überlasser zu leisten hat, wenn die Stadt das Objekt weiterhin überwiegend als Dokumentations- und Begegnungsstätte oder für

caritative mildtätige, sozial-gemeinnützige Zwecke wie KiTa, Bürger Cafe, VHS, Tafel oder Seniorengaststätte betreibt.

Die Stadt Wolfratshausen wäre aber nur dann Rechtsnachfolger des Vereins, wenn sich der Verein innerhalb von 20 Jahren ab Übereignung des Grundstückes an den Verein auflösen oder insolvent werden sollte.

**Dieser Klausel – und nur dieser Klausel – hat der Stadtrat zugestimmt.**

Wenn nun die Presse durch die Berichtserstattung „alles in trockenen Tüchern“ der Eindruck vermittelt wird, dass damit das gesamte Projekt gesichert wäre, dann ist dieser Eindruck einfach falsch.

Durch unseren Stadtratsbeschluss kann nun der Übereignungsvertrag zwischen den beiden Partnern geschlossen werden.

Ob das Projekt „Dokumentations- und Begegnungsstätte“ dann auch umgesetzt werden kann, wird sich zeigen

Zum heutigen Zeitpunkt ist klar festzustellen, dass die Finanzierung des Projektes noch offen und keineswegs gesichert ist.

Der Nachweis der Gesamtfinanzierung ist auch eine der Voraussetzungen für die Zahlung des städtischen Zuschusses an den Verein.

Es ist nach derzeitiger Beschlusslage der Stadt Wolfratshausen klar und eindeutig geregelt, dass die Stadt einen Zuschuss in Höhe von € 500.000.- leistet, wenn die dafür gemachten Auflagen vom Verein erfüllt worden sind.

#### V. S-Bahn-Verlängerung:

Bürgermeister Heilinglechner informierte über die anstehenden Termine

- 19. Mai Loisachhalle - Ziel: gleicher Informationsstand
- 29. Juni Sitzung Kreisausschuss
- 22. Juli Kreistag endgültige Entscheidung über Beteiligung
- 28. Juli zeitgleich beide Städte: Stadträte entscheiden über den jeweiligen Anteil

Er weist auf die besondere Bedeutung dieses Projektes für den gesamten Landkreis hin. Es ist auch entscheidend wie viel der Kreis bezahlt. Der verbleibende Anteil muss zu gleichen Teilen zwischen den Städten aufgeteilt werden.

Christian Steeb : regte an, die Stadt sollte jährlich 1.000.000 € Rücklagen speziell für die Bahn-Kosten bilden.

Bürgermeister Heilinglechner : Die Stadt kann jederzeit auf ein Sperrkonto für Bahn-Kosten einzahlen – es vergehen ja noch einige Jahre.

STR Brustmann: weist darauf hin, dass sich die Städte nicht überschulden sollten. Es sollte nicht Sinn und Zweck sein, dass wir eine Bahn mit vielen Bahnhöfen haben, aber unsere Infrastruktur-Aufgaben aus Geldmangel nicht mehr finanzieren können.

Bürgermeister Heilinglechner: Es gilt der alte Spruch: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not!

Christian Steeb: Die S-Bahn ist ein Jahrhundert-Projekt und in der Richtung sollte man auch denken.

STR Forster: Diese Entscheidung ist wichtig für die ganze Region. Wir dürfen uns in keinem Fall gegenseitig ausspielen.

Herr Eberhard Hahn: Wenn die S-Bahn tiefer gelegt wird, gewinnen wir zusätzliche Flächen. Was man daraus machen könnte!

Bürgermeister Heilinglechner: Wir gewinnen eine Entwicklungsfläche genau im Bereich des Bahnhofes. Aber dieser Grund gehört der Bahn.

STR Forster: Wir gehen nicht von 17 Millionen Kosten aus, man sollte mit 24 Millionen rechnen!

Bürgermeister Heilinglechner i.S. Stadtbus:

Ich habe auch im Stadtrat ein klares Statement abgegeben. Ich möchte mich von dem Ganzen distanzieren, weil ich nicht der Meinung bin, dass dieser Rundkurs zu diesem Zeitpunkt Sinn macht. Wenn die S-Bahn kommt, muss die Buslinie wieder umgestellt werden.

Wir geben sehr viel Geld aus – ohne Brücke und mit Brücke noch viel mehr (Baukosten steigen).

Auch habe ich von Herrn Metzner(MVV) erfahren, dass er an STR Schmidt schon im Februar eine Mail geschickt hat, dass nur eine Variante eingereicht werden kann!

Barbara Unterberger mahnt an, dass das ‚Rotlicht‘ der Fußgängerampel an der Schießstättstraße bei besonderem Sonnenstand kaum zu erkennen sei und da auch deswegen schon öfter etwas passiert ist. Sie schlägt vor zusätzlich eine Blinkampel anzubringen.

Bürgermeister Heilinglechner wird dies prüfen lassen.

Claudia Thomalla fragt an, ob im Hap’schen Gasserl – darf nicht verbreitet werden, aus Denkmalschutz Gründen – nicht Brandschutz vor Denkmalschutz gelten könnte.

Bürgermeister Heilinglechner wird sich noch mal über das Brandschutz-Gutachten informieren.

Herr Fritz Koch fragt zum Stadtbus, warum man eine 2. Brücke bauen muss.

Bürgermeister Heilinglechner, laut Polizei darf es nicht sein, dass der Bus und evtl. ein Radfahrer gleichzeitig auf der Brücke sind.

Walter Daffner: grundsätzlich entscheidend ist, dass es ein Schulweg ist und durch den Busverkehr ist keine Schulwegsicherung gewährleistet.

Frau Terke Stapf: Es gibt mehrere Querungen am Kanal. Aber das ist die Haupt- Brücke.

Kann es sein, dass man erst eine Testphase macht? Z.B. die Radfahrer auf eine andere Brücke umleitet.

Bürgermeister Heilinglechner: Es muss erst noch geklärt werden mit der Polizei, ob es Alternativen gibt, besonders für Radfahrer

**Ende: 22:00 Uhr**